

Art. 2. In hetzelfde decreet wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 3.1 - Met het oog op de overdracht van de uitoefening van de bevoegdheden bedoeld in artikel 1 wordt in het begrotingsplan van het Waalse Gewest voor het begrotingsjaar 2015 een aanvullende dotatie ingeschreven die aan de Duitstalige Gemeenschap wordt toegekend om de uitkeringen voor loopbaanonderbreking van het personeel van die ondergeschikte besturen te dekken.

Het bedrag van de aanvullende dotatie vermeld in het eerste lid wordt vastgesteld op basis van een gemeenschappelijk besluit van de Waalse Regering en de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Die dotatie wordt vanaf 2016 jaarlijks aangepast aan het groepercentage vermeld in artikel 3, § 3."

Art. 3. In hetzelfde decreet wordt een artikel 4.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 4.1 - De financiering van de in artikel 3.1 bedoelde uitgaven blijft ten laste van het Waalse Gewest zolang het bedrag van de aanvullende dotatie niet bepaald is op grond van een gemeenschappelijk besluit van de Waalse Regering en van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, en dit, op voorwaarde dat de Duitstalige Gemeenschap geen beslissing neemt die het bedrag of de rechten betreffende de uitkeringen voor loopbaanonderbreking van het personeel van die ondergeschikte besturen zou doen toenemen."

Art. 4. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2015 voor zover een gelijkkluidend decreet aangenomen door het Waals Parlement ook op deze datum in werking treedt.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 5 mei 2014.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

—
Nota

Zitting 2013-2014.

Parlementaire stukken : 222 (2013-2014) - Nr. 1 Ontwerp van decreet + Erratum

Integraal verslag : 5 mei 2014 - Nr. 65 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/204329]

5. MAI 2014 — Dekret über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Europaklausel

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG.

Art. 2 - Gegenstand

§ 1 - Dieses Dekret legt die Regeln und Verfahren fest, gemäß denen die Deutschsprachige Gemeinschaft einerseits und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union andererseits untereinander im Hinblick auf den Austausch von Informationen zusammenarbeiten, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind.

Dieses Dekret legt ferner Bestimmungen für den Austausch der Informationen gemäß Absatz 1 auf elektronischem Weg fest.

§ 2 - Dieses Dekret berührt nicht die Anwendung der Vorschriften über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen. Sie berührt auch nicht die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf eine umfassendere Zusammenarbeit der Verwaltungen aus anderen Rechtsinstrumenten, einschließlich bi- oder multilateralen Abkommen, entstehen.

Art. 3 - Anwendungsbereich

Dieses Dekret gilt für Steuern aller Art, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder für die Deutschsprachige Gemeinschaft erhoben werden und für Steuern aller Art, die von einem oder für einen Mitgliedstaat bzw. von oder für gebiets- oder verwaltungsmäßige Gliederungseinheiten eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erhoben werden.

In keinem Fall sind die Steuern im Sinne von Absatz 1 dahin gehend auszulegen, dass sie Folgendes einschließen:

1. Gebühren, wie sie für von Behörden ausgestellte Bescheinigungen und andere Dokumente erhoben werden oder
2. vertragliche Gebühren, wie etwa Zahlungen an öffentliche Versorgungsbetriebe.

Dieses Dekret gilt für die in Absatz 1 genannten Steuern, die in dem Gebiet erhoben werden, auf das die Verträge gemäß Artikel 52 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 355 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union Anwendung finden.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Dekrets bezeichnet der Ausdruck:

1. "Mitgliedstaat", wenn nicht ausdrücklich anders angegeben, einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als das Königreich Belgien;
2. "zuständige Behörde", die als solche von Belgien benannte Behörde. Das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ein zuständiger Bediensteter der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß diesem Dekret tätig werden, gelten bei Bevollmächtigung ebenfalls als zuständige Behörde;
3. "zentrales Verbindungsbüro" die als solche benannte Stelle, die für die Verbindungen zu den anderen Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden hauptverantwortlich zuständig ist;
4. "Verbindungsstelle" jede andere Stelle als das zentrale Verbindungsbüro, die als solche benannt worden ist, um nach Maßgabe dieses Dekrets Informationen direkt auszutauschen;
5. "zuständiger Bedienstete" jeden Bediensteten, der zum direkten Informationsaustausch nach Maßgabe dieses Dekrets befugt ist;
6. "ausländische Behörde" das zentrale Verbindungsbüro, die Verbindungsstellen oder die zuständigen Bediensteten, die aufgrund einer Ermächtigung durch eine ausländische zuständige Behörde zum unmittelbaren Informationsaustausch mit der zuständigen Behörde oder zu anderen Formen der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Sinne dieses Dekrets berechtigt sind;
7. "ersuchende Behörde" das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen stellt;
8. "ersuchte Behörde" das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen entgegennimmt;
9. "behördliche Ermittlungen" alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Mitgliedstaaten in Ausübung ihrer Aufgaben vorgenommenen Kontrollen, Nachprüfungen und anderen Handlungen mit dem Ziel, die ordnungsgemäße Anwendung der Steuervorschriften sicherzustellen;
10. "Austausch von Informationen auf Ersuchen" den Austausch von Informationen auf der Grundlage eines Ersuchens, das der ersuchende Mitgliedstaat an den ersuchten Mitgliedstaat in einem bestimmten Fall stellt;
11. "automatischer Austausch" die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen. Im Sinne des Artikels 10 sind verfügbare Informationen solche, die in den Steuerakten des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats enthalten sind und die im Einklang mit den Verfahren für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen des betreffenden Mitgliedstaats abgerufen werden können;
12. "spontaner Austausch" die nicht systematische Übermittlung von Informationen zu jeder Zeit an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen;
13. "Person"
 - a) eine natürliche Person;
 - b) eine juristische Person;
 - c) sofern diese Möglichkeit nach den geltenden Rechtsvorschriften besteht, eine Personenvereinigung, der die Rechtsfähigkeit zuerkannt wurde, die aber nicht über die Rechtsstellung einer juristischen Person verfügt, oder
 - d) alle anderen Rechtsvereinbarungen gleich welcher Art und Form - mit oder ohne Rechtspersönlichkeit - die Vermögensgegenstände besitzen oder verwalten, welche einschließlich der daraus erzielten Einkünfte einer der von diesem Dekret erfassten Steuern unterliegen;
14. "auf elektronischem Weg" die Verwendung elektronischer Anlagen zur Verarbeitung (einschließlich der Datenkomprimierung) und zum Speichern von Daten und unter Einsatz von Draht, Funk, optischer Technologien oder anderer elektromagnetischer Verfahren.

Art. 5 - Unterrichtung des zentralen Verbindungsbüros

Wenn eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen oder eine Antwort auf ein Ersuchen um Zusammenarbeit übermittelt bzw. entgegennimmt, unterrichtet sie/er das zentrale Verbindungsbüro gemäß dem nationalen festgelegten Verfahren.

Art. 6 - Weiterleitung an das zentrale Verbindungsbüro

Erhält eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen um Zusammenarbeit, das eine Tätigkeit außerhalb des ihr/ihm zugewiesenen Zuständigkeitsbereichs, der ihr/ihm gemäß den Rechtsvorschriften oder innenpolitischen Grundsätzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugewiesen ist, erfordert, übermittelt sie/er dieses Ersuchen unverzüglich dem zentralen Verbindungsbüro und teilt dies der ersuchenden Behörde mit. In einem solchen Fall beginnt die Frist gemäß Artikel 9 am Tag nach der Weiterleitung des Ersuchens um Zusammenarbeit an das zentrale Verbindungsbüro.

KAPITEL 2 — Informationsaustausch

Abschnitt 1 — Informationsaustausch auf Ersuchen

Art. 7 - Ersuchen der zuständigen Behörde

In Bezug auf einen spezifischen Fall kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde um die Übermittlung aller in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen erhalten hat, ersuchen.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine bestimmte behördliche Ermittlung enthalten. Die zuständige Behörde kann die ersuchte Behörde darum bitten, ihr die Urschriften zu übermitteln.

Art. 8 - Ersuchen der ausländischen Behörde

Auf Ersuchen einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde in Bezug auf einen spezifischen Fall alle in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen, die durchgeführt wurden, um diese Informationen zu bekommen, erhalten hat.

Die zuständige Behörde trifft Vorkehrungen dafür, dass alle behördlichen Ermittlungen durchgeführt werden, die zur Beschaffung der in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen notwendig sind.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine bestimmte behördliche Ermittlung enthalten. Ist die zuständige Behörde der Auffassung, dass keine behördlichen Ermittlungen erforderlich sind, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich die Gründe hierfür mit.

Zur Beschaffung der erbetenen Informationen oder zur Durchführung der erbetenen behördlichen Ermittlungen geht die zuständige Behörde nach denselben Verfahren vor, die sie anwenden würde, wenn sie von sich aus oder auf Ersuchen einer anderen belgischen Behörde handeln würde.

Die zuständige Behörde übermittelt Urschriften, sofern die ersuchende Behörde eigens darum bittet und die geltenden Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem nicht entgegenstehen.

Art. 9 - Bearbeitung des Ersuchens

§ 1 - Die zuständige Behörde stellt die in Artikel 7 Absatz 1 genannten Informationen möglichst rasch, spätestens jedoch sechs Monate nach dem Datum des Eingangs des Ersuchens zur Verfügung. Ist die zuständige Behörde jedoch bereits im Besitz dieser Informationen, werden sie innerhalb von zwei Monaten ab jenem Datum zur Verfügung gestellt.

In bestimmten besonders gelagerten Fällen können zwischen der zuständigen und der ersuchenden Behörde andere als die in Absatz 1 vorgesehenen Fristen vereinbart werden.

§ 2 - Die zuständige Behörde bestätigt der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Erhalt des Ersuchens, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt dieses Ersuchens.

§ 3 - Die zuständige Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens über eventuell bestehende Mängel in dem Ersuchen und gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Hintergrundinformationen. In diesem Fall beginnt die Frist gemäß § 1 am Tag nach dem Eingang der von der zuständigen Behörde angeforderten zusätzlichen Informationen.

§ 4 - Ist die zuständige Behörde nicht in der Lage, auf ein Ersuchen fristgerecht zu antworten, unterrichtet sie die ersuchende Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Ersuchens, über die Gründe, die einer fristgerechten Antwort entgegenstehen, sowie über den Zeitpunkt, an dem sie dem Ersuchen voraussichtlich nachkommen kann.

§ 5 - Ist die zuständige Behörde nicht im Besitz der erbetenen Informationen und nicht in der Lage, dem Informationsersuchen nachzukommen, oder lehnt sie es aus den in Artikel 23 genannten Gründen ab, ihm nachzukommen, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens, die Gründe dafür mit.

Abschnitt 2 — Verpflichtender automatischer Informationsaustausch

Art. 10 - Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs

Die zuständige Behörde übermittelt im Wege des automatischen Austauschs allen ausländischen Behörden Informationen in Bezug auf Besteuerungszeiträume ab dem 1. Januar 2014, die über in jenem anderen Mitgliedstaat ansässige Personen in Bezug auf die folgenden bestimmten Arten von Einkünften und Vermögen, wie sie jeweils im Sinne des belgischen Rechts zu verstehen sind, verfügbar sind:

1. Entlohnung der Arbeitnehmer;
2. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen;
3. Lebensversicherungsprodukte, die nicht von anderen Rechtsakten der Union über den Austausch von Informationen oder vergleichbare Maßnahmen erfasst sind;
4. Ruhegehälter;
5. Eigentum an unbeweglichem Vermögen und Einkünfte daraus.

Die Übermittlung der Informationen erfolgt mindestens einmal jährlich, innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Information verfügbar wurde.

Abschnitt 3 — Spontaner Informationsaustausch

Art. 11 - Umfang und Voraussetzungen des spontanen Informationsaustauschs

Die zuständige Behörde übermittelt jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde die in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen in folgenden Fällen:

1. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Mitgliedstaat;
2. ein Steuerpflichtiger erhält eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Mitgliedstaat zur Folge haben würde;
3. Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einem Steuerpflichtigen eines anderen Mitgliedstaats werden über ein Land oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet, die in einem der beiden oder in beiden Mitgliedstaaten zur Steuerersparnis führen kann;
4. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns;
5. im Zusammenhang mit Informationen, die von der ausländischen zuständigen Behörde übermittelt worden sind, ist ein Sachverhalt ermittelt worden, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Mitgliedstaat erheblich sein könnte.

Die zuständige Behörde kann den ausländischen zuständigen Behörden im Wege des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis hat und die für die ausländischen zuständigen Behörden von Nutzen sein können, übermitteln.

Die zuständige Behörde, für die die in Absatz 1 genannten Informationen verfügbar werden, übermittelt diese Informationen so schnell wie möglich jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde, spätestens jedoch einen Monat, nachdem sie verfügbar geworden sind.

Art. 12 - Empfangsbestätigung

Die zuständige Behörde, der Informationen nach Maßgabe des Artikels 11 übermittelt werden, bestätigt der ausländischen Behörde, die die Informationen übermittelt hat, unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Eingang der Informationen, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt der Informationen.

*KAPITEL 3 — Sonstige Formen der Verwaltungszusammenarbeit**Abschnitt 1 — Anwesenheit in den Amtsräumen von Behörden und Teilnahme an behördlichen Ermittlungen***Art. 13 - Umfang und Bedingungen betreffend Ersuchen der zuständigen Behörde**

Die zuständige Behörde und eine ausländische Behörde können vereinbaren, dass unter den von letzterer festgelegten Regelungen ordnungsgemäß durch die zuständige Behörde ermächtigte Bedienstete zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 § 1 Absatz 1:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden des ersuchten Mitgliedstaats ihre Tätigkeit ausüben;

2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die im Hoheitsgebiet des ersuchten Mitgliedstaats durchgeführt werden.

Art. 14 - Umfang und Bedingungen betreffend Ersuchen einer ausländischen Behörde

§ 1 - Die zuständige Behörde und eine ausländische Behörde können vereinbaren, dass unter den von der zuständigen Behörde festgelegten Regelungen ordnungsgemäß durch die ausländische Behörde ermächtigte befugte Bedienstete zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 § 1 Absatz 1:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Tätigkeit ausüben;

2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden.

Ist die erbetene Information in Unterlagen enthalten, zu denen die Bediensteten der zuständigen Behörde Zugang haben, werden den Bediensteten der ersuchenden Behörde Kopien dieser Unterlagen ausgehändigt.

§ 2 - Die in § 1 genannte Vereinbarung darf nicht vorsehen, dass Bedienstete der ersuchenden Behörde, die bei behördlichen Ermittlungen zugegen sind, Einzelpersonen befragen und Aufzeichnungen prüfen dürfen.

§ 3 - Befugte Bedienstete der ersuchenden Behörde müssen jederzeit eine schriftliche Vollmacht vorlegen können, aus der ihre Identität und dienstliche Stellung hervorgehen.

*Abschnitt 2 — Gleichzeitige Prüfungen***Art. 15 - Gleichzeitige Prüfungen**

§ 1 - Vereinbaren die Deutschsprachige Gemeinschaft und ein oder mehrere Mitgliedstaat(en), jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gleichzeitige Prüfungen einer oder mehrerer Person(en) von gemeinsamem oder ergänzendem Interesse durchzuführen, um die dabei erlangten Informationen auszutauschen, findet § 2 Anwendung.

§ 2 - Die zuständige Behörde bestimmt selbst, welche Personen sie für eine gleichzeitige Prüfung vorschlagen will. Sie unterrichtet die ausländischen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten über die Fälle, für die sie eine gleichzeitige Prüfung vorschlägt, und begründet ihre Wahl. Sie gibt an, in welchem Zeitraum derartige Prüfungen durchgeführt werden sollen.

Wird der zuständigen Behörde eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen, entscheidet sie, ob sie daran teilnehmen will. Sie bestätigt der ausländischen Behörde, die eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen hat, ihr Einverständnis oder teilt ihre begründete Ablehnung mit.

Die zuständige Behörde benennt einen für die Beaufsichtigung und die Koordinierung der Prüfung verantwortlichen Vertreter.

*Abschnitt 3 — Zustellung durch die Verwaltung***Art. 16 - Zustellungsersuchen der zuständigen Behörde**

Die zuständige Behörde kann eine ausländische Behörde ersuchen, dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden der zuständigen Behörde zuzustellen, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen. Diese Zustellung erfolgt nach Maßgabe der Rechtsvorschriften für die Zustellung entsprechender Akte im ersuchten Mitgliedstaat.

Das Zustellungsersuchen enthält Angaben über den Gegenstand des zuzustellenden Akts oder der zuzustellenden Entscheidung sowie Namen und Anschrift des Adressaten und alle weiteren Informationen, die die Identifizierung des Adressaten erleichtern können.

Die zuständige Behörde stellt nur dann ein Zustellungsersuchen gemäß diesem Artikel, wenn sie nicht in der Lage ist, die Zustellung nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung der betreffenden Akte vorzunehmen, oder wenn die Zustellung unverhältnismäßige Schwierigkeiten aufwerfen würde. Die zuständige Behörde kann einer Person im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats jedes Dokument per Einschreiben oder auf elektronischem Weg direkt zustellen.

Art. 17 - Zustellungsersuchen einer ausländischen Behörde

Auf Antrag einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung entsprechender Akte dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden des ersuchenden Mitgliedstaats, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen.

Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde unverzüglich mit, was aufgrund des Zustellungsersuchens veranlasst wurde, und insbesondere, an welchem Tag der Akt oder die Entscheidung dem Adressaten zugestellt wurde.

*Abschnitt 4 — Rückmeldungen***Art. 18 - Rückmeldung der zuständigen Behörde**

Übermittelt eine ausländische Behörde Informationen gemäß Artikel 7 oder 11, kann sie die zuständige Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten. In diesem Fall übermittelt die zuständige Behörde, unbeschadet der geltenden Vorschriften zum Schutz des Steuergeheimnisses und des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der ausländischen Behörde, die Rückmeldung sobald wie möglich und spätestens drei Monate nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Verwendung der erbetenen Informationen.

Die zuständige Behörde übermittelt den anderen betroffenen Mitgliedstaaten einmal jährlich nach bilateral vereinbarten praktischen Regelungen eine Rückmeldung zum automatischen Informationsaustausch.

Art. 19 - Rückmeldung der ausländischen Behörde

Übermittelt die zuständige Behörde Informationen gemäß Artikel 8 oder 11, kann sie die ausländische Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten.

KAPITEL 4 — Bedingungen für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden**Abschnitt 1 — Weitergabe von Informationen und Schriftstücken****Art. 20 - Weitergabe und Verwendung von Informationen und Schriftstücken durch die zuständige Behörde**

§ 1 - Die Informationen, über die die zuständige Behörde aufgrund dieses Dekrets verfügt, unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den Artikel 337 des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 für vergleichbare Informationen gewährt.

§ 2 - Diese Informationen können verwendet werden:

1. zur Anwendung und Durchsetzung des Rechts der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern;

2. zur Festsetzung und Beitreibung anderer Steuern und Abgaben gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen oder zur Festsetzung und Einziehung von Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungen;

3. im Zusammenhang mit Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die Sanktionen wegen Nichtbeachtung des Steuerrechts zur Folge haben können, und zwar unbeschadet der allgemeinen Regelungen und Vorschriften über die Rechte der Beklagten und Zeugen in solchen Verfahren.

Mit Zustimmung der ausländischen Behörde, die im Rahmen der in Artikel 1 genannten Richtlinie Informationen übermittelt, und nur insoweit, als dies gemäß den Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft zulässig ist, können die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden. Die Informationen dürfen auch durch die zuständige Behörde verwendet werden, wenn sie in dem Mitgliedstaat der ausländischen Behörde für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Abweichend von Absatz 2 bittet die zuständige Behörde die ausländische zuständige Behörde aus dem Mitgliedstaat, aus dem die Informationen ursprünglich stammen, um Zustimmung, wenn eine ausländische Behörde die Informationen, die sie von der ausländischen Behörde eines anderen Mitgliedstaats erhalten hat, der zuständigen Behörde übermittelt hat und die zuständige Behörde diese Informationen für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwenden will.

§ 3 - Ist die zuständige Behörde der Ansicht, dass Informationen, die sie von der ausländischen Behörde erhalten hat, für die ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaats für die in § 2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann sie diese Informationen der ausländischen zuständigen Behörde des dritten Mitgliedstaats unter der Voraussetzung weitergeben, dass diese Weitergabe im Einklang mit den in diesem Dekret festgelegten Regeln und Verfahren erfolgt. Sie teilt der ausländischen zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ihre Absicht mit, die Informationen einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben. Die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, kann innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mitteilen, dass sie dieser Weitergabe der Informationen nicht zustimmt.

§ 4 - Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus, die die ersuchte Behörde erhalten und der zuständigen Behörde im Einklang mit diesem Dekret übermittelt hat, werden von der zuständigen Behörde in gleicher Weise als Beweismittel verwendet wie entsprechende Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke einer anderen belgischen Behörde.

Art. 21 - Weitergabe und Verwendung von Informationen und Schriftstücken durch eine ausländische Behörde

Die zuständige Behörde kann der Verwendung der Informationen und Schriftstücke gemäß diesem Dekret in dem Mitgliedstaat, der sie empfängt, für andere als in Artikel 20 § 2 Absatz 1 genannte Zwecke zustimmen. Diese Zustimmung wird erteilt, wenn die Informationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Teilt eine ausländische Behörde ihre Absicht mit, Informationen, die sie von der zuständigen Behörde erhalten hat, einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben, weil sie für diesen Mitgliedstaat für die in Artikel 20 § 2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen durch die ausländische Behörde an den dritten Mitgliedstaat zustimmen. Stimmt die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen nicht zu, teilt sie dies innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mit.

Die zuständige Behörde kann ferner zustimmen, dass Informationen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß Absatz 2 durch eine ausländische Behörde an eine ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaats weitergegeben werden, im dritten Mitgliedstaat für andere als die in Artikel 20 § 2 Absatz 1 genannten Zwecke verwendet werden können.

Abschnitt 2 — Beschränkungen und Pflichten**Art. 22 - Beschränkungen**

Ehe die zuständige Behörde um die in Artikel 7 genannten Informationen ersucht, bemüht sie sich zunächst, die Informationen aus allen üblichen Informationsquellen auszuschöpfen, die sie unter den gegebenen Umständen zur Erlangung der erbetenen Informationen genutzt haben könnte, ohne die Erreichung ihres Ziels zu gefährden.

Art. 23 - Ablehnungen

Die zuständige Behörde ist nicht verpflichtet zu Ermittlungen oder zur Übermittlung von Informationen, wenn die Durchführung solcher Ermittlungen bzw. die Beschaffung der betreffenden Informationen für eigene Zwecke mit den Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft unvereinbar wäre.

In folgenden Fällen kann die zuständige Behörde die Übermittlung von Informationen ablehnen:

1. wenn die ersuchende Behörde aus rechtlichen Gründen nicht zur Übermittlung entsprechender Informationen in der Lage ist;

2. wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen würde;

3. wenn die Preisgabe der betreffenden Information die öffentliche Ordnung verletzen würde.

Die zuständige Behörde teilt der ersuchenden Behörde die Gründe mit, aus denen ein Auskunftersuchen abgelehnt wurde.

Art. 24 - Pflichten

Die zuständige Behörde trifft die ihr zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn sie solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt. Diese Verpflichtung gilt unbeschadet des Artikels 23 Absätze 1 und 2, der jedoch nicht so ausgelegt werden kann, dass sich die zuständige Behörde darauf berufen kann, um die Bereitstellung der Informationen allein deshalb abzulehnen, weil sie kein eigenes Interesse daran hat.

Artikel 23 Absätze 1 und 2 Nummern 2 und 3 ist in keinem Fall so auszulegen, dass die zuständige Behörde die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Ungeachtet des Absatzes 2 kann die zuständige Behörde die Übermittlung der erbetenen Informationen verweigern, wenn diese Informationen vor dem 1. Januar 2011 liegende Besteuerungszeiträume betreffen und wenn die Übermittlung dieser Informationen auf der Grundlage des Artikels 8 Absatz 1 der Richtlinie 77/799/EWG hätte verweigert werden können, falls vor dem 11. März 2011 um sie ersucht worden wäre.

Abschnitt 3 — Weitergehende Zusammenarbeit

Art. 25 - Ausdehnung einer umfassenderen Zusammenarbeit, die mit einem Drittland eingegangen wird

Geht die Deutschsprachige Gemeinschaft mit einem Drittland eine umfassendere Zusammenarbeit als in diesem Dekret vorgesehen ein, kann sie es nicht ablehnen, mit anderen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, eine solche umfassendere gegenseitige Zusammenarbeit einzugehen.

Abschnitt 4 — Standardformblätter, elektronische Formate und CCN-Netz

Art. 26 - Standardformblätter und elektronische Formate

§ 1 - Ersuchen um Informationen und behördliche Ermittlungen gemäß Artikel 7 sowie die entsprechenden Antworten, Empfangsbestätigungen, Ersuchen um zusätzliche Hintergrundinformationen und Mitteilungen über das Unvermögen zur oder die Ablehnung der Erfüllung eines Ersuchens gemäß Artikel 8 und 9 werden soweit möglich mit Hilfe eines Standardformblatts übermittelt, das die Europäische Kommission festlegt.

Dem Standardformblatt können Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus beigefügt werden.

§ 2 - Das Standardformblatt gemäß § 1 beinhaltet zumindest die folgenden Informationen, die von der zuständigen Behörde zu übermitteln sind:

1. die Bezeichnung der Person, der die Untersuchung oder Ermittlung gilt;
2. der steuerliche Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden.

Die zuständige Behörde kann - soweit bekannt und im Einklang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene - Name und Anschrift jeder Person, von der angenommen wird, dass sie über die gewünschten Informationen verfügt, wie auch jede Angabe übermitteln, die die Beschaffung von Informationen durch die ersuchte Behörde erleichtern könnte.

§ 3 - Der spontane Informationsaustausch und seine Bestätigung gemäß den Artikeln 11 und 12, Zustellungersuchen gemäß Artikel 16 und die Rückmeldungen gemäß Artikel 18 erfolgen mit Hilfe des in § 1 genannten Standardformblatts.

§ 4 - Der automatische Informationsaustausch gemäß Artikel 10 erfolgt über ein von der Kommission angenommenes elektronisches Standardformat, mit dem ein solcher automatischer Austausch erleichtert werden soll und dem das bestehende elektronische Format gemäß Artikel 9 der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen zugrunde liegt, das für alle Arten des automatischen Informationsaustauschs zu verwenden ist.

Art. 27 - Praktische Regelungen

Die Informationsübermittlung im Rahmen dieses Dekrets erfolgt soweit möglich auf elektronischem Weg mit Hilfe des CCN-Netzes. Das CCN-Netz ist die gemeinsame Plattform auf der Grundlage des Gemeinsamen Kommunikationsnetzes (common communication network - CCN), die von der Europäischen Union für jegliche elektronische Datenübertragung zwischen den zuständigen Behörden im Bereich Zoll und Steuern entwickelt wurde.

KAPITEL 5 — Beziehungen zu Drittländern

Art. 28 - Beziehungen zu Drittländern

Erhält die zuständige Behörde von einem Drittland Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind, kann diese Behörde diese Informationen - sofern dies aufgrund einer Vereinbarung mit dem betreffenden Drittland zulässig ist - den ausländischen Behörden, für die diese Informationen von Nutzen sein könnten, und allen ersuchenden Behörden zur Verfügung stellen.

Die zuständige Behörde kann, im Einklang mit dem Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, die im Einklang mit diesem Dekret erhaltenen Informationen an ein Drittland weitergeben, sofern alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ist mit der Übermittlung einverstanden;
2. das betroffene Drittland hat sich zu der Zusammenarbeit verpflichtet, die für den Nachweis der Unregelmäßigkeit oder der Rechtswidrigkeit von mutmaßlich gegen die Steuervorschriften verstoßenden oder ihnen zuwiderlaufenden Transaktionen erforderlich ist.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen***Art. 29 - Inkrafttreten**

Dieses Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 10 am 1. Januar 2015 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 5. Mai 2014

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummeriertes Dokument: 215 (2013-2014) Nr. 1 Dekretentwurf.

Ausführlicher Bericht: 5. Mai 2014 Nr. 65 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/204329]

5 MAI 2014. — Décret relatif à la coopération administrative dans le domaine fiscal (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}. Clause européenne**

Ce décret transpose la Directive 2011/16/UE du Conseil du 15 février 2011 relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal et abrogeant la Directive 77/799/CEE.

Art. 2. Objet

§ 1^{er}. Le présent décret établit les règles et procédures selon lesquelles la Communauté germanophone, d'une part, et les autorités compétentes des Etats membres, d'autre part, coopèrent entre elles aux fins d'échanger les informations vraisemblablement pertinentes pour l'administration et l'application de la législation interne des Etats membres relative aux taxes et impôts visés à l'article 3.

Ce décret fixe en outre des dispositions pour l'échange électronique d'informations conformément au premier alinéa.

§ 2. Ce décret n'affecte pas l'application des règles relatives à l'entraide judiciaire en matière pénale. Il ne porte pas non plus atteinte à l'exécution de toute obligation de la Communauté germanophone quant à une coopération administrative plus étendue qui résulterait d'autres instruments juridiques, y compris d'éventuels accords bilatéraux ou multilatéraux.

Art. 3. Champ d'application

Le présent décret s'applique à tous les types de taxes et impôts prélevés par ou pour la Communauté germanophone et à tous les types de taxes et impôts prélevés par un Etat membre, ou en son nom, ou par ses entités territoriales ou administratives, ou en leur nom, y compris les autorités locales.

Les taxes et impôts visés au premier alinéa ne sauraient en aucun cas être interprétés comme incluant :

1° les droits tels que les droits perçus pour des certificats et d'autres documents délivrés par les pouvoirs publics ou

2° les droits de nature contractuelle, tels que la contrepartie versée pour un service public.

Le présent décret s'applique aux taxes et impôts visés au premier alinéa qui sont perçus sur le territoire auquel les traités s'appliquent en vertu de l'article 52 du traité sur l'Union européenne et de l'article 355 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Art. 4. Définitions

Aux fins du présent décret, on entend par :

1° "Etat membre" sans indication explicite : un autre Etat membre de l'Union européenne que le Royaume de Belgique;

2° "autorité compétente" : l'autorité désignée comme telle par la Belgique. Lorsqu'ils agissent en vertu du présent décret, le bureau central de liaison, un service de liaison de la Communauté germanophone ou un fonctionnaire compétent de la Communauté germanophone agissant conformément au présent décret sont également considérés comme une autorité compétente par délégation;

3° "bureau central de liaison" : le bureau qui a été désigné comme tel et qui est le responsable privilégié des contacts avec les autres Etats membres dans le domaine de la coopération administrative;

4° "service de liaison" : tout bureau autre que le bureau central de liaison qui a été désigné comme tel pour échanger directement des informations en vertu du présent décret;

5° "fonctionnaire compétent" : tout fonctionnaire qui est autorisé à échanger directement des informations en vertu du présent décret;

6° "autorité étrangère" : le bureau central de liaison, les services de liaison ou les fonctionnaires compétents qui, en vertu d'une habilitation accordée par une autorité compétente étrangère, sont autorisés à pratiquer un échange direct d'informations avec l'autorité compétente ou d'autres formes de coopération administrative au sens du présent décret;

7° "autorité requérante" : le bureau central de liaison, un service de liaison ou tout fonctionnaire compétent d'un Etat membre qui formule une demande d'assistance au nom de l'autorité compétente;

8° "autorité requise" : le bureau central de liaison, un service de liaison ou tout fonctionnaire compétent d'un Etat membre qui reçoit une demande d'assistance au nom de l'autorité compétente;

9° "enquête administrative" : l'ensemble des contrôles, vérifications et actions réalisés par la Communauté germanophone ou les Etats membres dans l'exercice de leurs responsabilités en vue d'assurer la bonne application de la législation fiscale;

10° "échange d'informations sur demande" : tout échange d'informations réalisé sur la base d'une demande introduite par l'Etat membre requérant auprès de l'Etat membre requis dans un cas particulier;

11° "échange automatique" : la communication systématique, sans demande préalable, d'informations prédéfinies, à intervalles réguliers préalablement fixés, à un autre Etat membre. Dans le cadre de l'article 10, les informations disponibles désignent des informations figurant dans les dossiers fiscaux de l'Etat membre qui communique les informations et pouvant être consultées conformément aux procédures de collecte et de traitement des informations applicables dans cet Etat membre;

12° "échange spontané" : la communication ponctuelle, à tout moment et sans demande préalable, d'informations à un autre Etat membre;

13° "personne" :

a) une personne physique;

b) une personne morale;

c) lorsque la législation en vigueur le prévoit, une association de personnes à laquelle est reconnue la capacité d'accomplir des actes juridiques, mais qui ne possède pas le statut de personne morale, ou

d) toute autre construction juridique quelles que soient sa nature et sa forme, dotée ou non de la personnalité juridique, possédant ou gérant des actifs qui, y compris le revenu qui en dérive, sont soumis à l'un des impôts relevant du présent décret;

14° "par voie électronique" : au moyen d'équipements électroniques de traitement, y compris la compression numérique, et de stockage des données, par liaison filaire, radio, procédés optiques ou tout autre procédé électromagnétique.

Art. 5. Information du bureau central de liaison

Lorsqu'un service de liaison ou un fonctionnaire compétent transmet ou reçoit une demande de coopération ou une réponse à une telle demande, il en informe le bureau central de liaison conformément aux procédures établies au niveau national.

Art. 6. Transmission au bureau central de liaison

Lorsqu'un service de liaison ou un fonctionnaire compétent reçoit une demande de coopération nécessitant une action qui ne relève pas de la compétence qui lui est attribuée conformément à la législation ou à la politique de la Communauté germanophone, il la transmet sans délai au bureau central et en informe l'autorité requérante. En pareil cas, le délai prévu à l'article 9 commence le jour suivant celui où la demande de coopération est transmise au bureau central de liaison.

CHAPITRE 2. — Echange d'informations

Section 1^{re}. — Echange d'informations sur demande

Art. 7. Demande de l'autorité compétente

En lien avec un dossier spécifique, l'autorité compétente peut demander à une autorité étrangère qu'elle lui communique les informations visées à l'article 2, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, dont elle dispose ou qu'elle obtient à la suite d'enquêtes administratives.

La demande visée au premier alinéa peut comprendre une demande motivée portant sur une enquête administrative précise. L'autorité compétente peut prier l'autorité requise de lui communiquer les documents originaux.

Art. 8. Demande de l'autorité étrangère

A la demande d'une autorité étrangère et en lien avec un dossier spécifique, l'autorité compétente communique toutes les informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, dont elle dispose ou qu'elle a obtenues à la suite d'enquêtes administratives menées à cette fin.

L'autorité compétente fait effectuer toute enquête administrative nécessaire à l'obtention des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

La demande visée au premier alinéa peut comprendre une demande motivée portant sur une enquête administrative précise. Si l'autorité compétente estime qu'aucune enquête administrative n'est nécessaire, elle informe immédiatement l'autorité requérante des raisons sur lesquelles elle se fonde.

Pour obtenir les informations demandées ou pour procéder à l'enquête administrative demandée, l'autorité compétente suit les mêmes procédures que si elle agissait de sa propre initiative ou à la demande d'une autre autorité belge.

Lorsque l'autorité requérante le demande expressément, l'autorité compétente communique les documents originaux pour autant que les dispositions en vigueur en Communauté germanophone ne s'y opposent pas.

Art. 9. Traitement de la demande

§ 1^{er}. L'autorité requise effectue les communications visées à l'article 7, alinéa 1^{er}, le plus rapidement possible, et au plus tard six mois à dater de la réception de la demande. Toutefois, lorsque l'autorité compétente est déjà en possession des informations concernées, les communications sont effectuées dans un délai de deux mois suivant cette date.

Pour certains cas particuliers, des délais différents de ceux qui sont prévus au premier alinéa peuvent être fixés d'un commun accord entre l'autorité compétente et l'autorité requérante.

§ 2. L'autorité compétente accuse réception de la demande immédiatement, si possible par voie électronique, et en tout état de cause au plus tard sept jours ouvrables après l'avoir reçue.

§ 3. Dans un délai d'un mois suivant la réception de la demande, l'autorité compétente notifie à l'autorité requérante les éventuelles lacunes constatées dans la demande ainsi que, le cas échéant, la nécessité de fournir d'autres renseignements de caractère général. Dans ce cas, les délais fixés au § 1^{er} débutent le jour suivant celui où l'autorité compétente a reçu les renseignements additionnels dont elle a besoin.

§ 4. Lorsque l'autorité compétente n'est pas en mesure de répondre à la demande dans le délai prévu, elle informe l'autorité requérante immédiatement, et en tout état de cause dans les trois mois suivant la réception de la demande, des motifs qui expliquent le non-respect de ce délai ainsi que de la date à laquelle elle estime pouvoir y répondre.

§ 5. Lorsque l'autorité compétente ne dispose pas des informations demandées et n'est pas en mesure de répondre à la demande d'informations ou refuse d'y répondre pour les motifs visés à l'article 23, elle informe l'autorité requérante de ses raisons immédiatement, et en tout état de cause dans un délai d'un mois suivant la réception de la demande.

*Section 2. — Echange automatique et obligatoire d'informations***Art. 10. Champ d'application et conditions de l'échange automatique et obligatoire d'informations**

L'autorité compétente communique à toutes les autorités étrangères compétentes, dans le cadre de l'échange automatique, les informations se rapportant aux périodes imposables à compter du 1^{er} janvier 2014 dont elle dispose au sujet des personnes résidant dans cet autre Etat membre et qui concernent les catégories suivantes spécifiques de revenu et de capital au sens de la législation belge :

- 1° rémunération des travailleurs;
- 2° jetons de présence au sein d'un conseil de tutelle ou d'un conseil d'administration;
- 3° produits d'assurance sur la vie non couverts par d'autres actes juridiques de l'Union concernant l'échange d'informations et d'autres mesures similaires;
- 4° retraites;
- 5° propriété et revenus de biens immobiliers.

La communication des informations est effectuée au moins une fois par an, et au plus tard six mois après la fin de l'année calendrier au cours de laquelle les informations sont devenues disponibles.

*Section 3. — Echange spontané d'informations***Art. 11. Champ d'application et conditions de l'échange spontané d'informations**

L'autorité compétente communique les informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, à toute autorité étrangère compétente intéressée, dans les cas suivants:

- 1° l'autorité compétente a des raisons de supposer qu'il peut exister une perte d'impôt ou de taxe dans l'autre Etat membre;
- 2° un contribuable obtient, en Communauté germanophone, une réduction ou une exonération de taxe ou d'impôt qui devrait entraîner pour lui une augmentation de taxe ou d'impôt ou un assujettissement à une taxe ou à l'impôt dans l'autre Etat membre;
- 3° des affaires entre un contribuable de la Communauté germanophone et un contribuable d'un autre Etat membre sont traitées dans un ou plusieurs autres pays, de manière à pouvoir entraîner une diminution de taxe ou d'impôt dans l'un ou l'autre Etat membre ou dans les deux;
- 4° l'autorité compétente a des raisons de supposer qu'il peut exister une diminution de taxe ou d'impôt résultant de transferts fictifs de bénéfices à l'intérieur de groupes d'entreprises;
- 5° à la suite des informations communiquées par l'autorité compétente sont recueillies des informations qui peuvent être utiles à l'établissement d'une taxe ou de l'impôt dans un autre Etat membre.

L'autorité compétente peut communiquer, par échange spontané, aux autorités étrangères compétentes toutes les informations dont elle a connaissance et qui peuvent être utiles à ces dernières.

L'autorité compétente qui dispose d'informations visées au premier alinéa les communique à l'autorité étrangère compétente intéressée le plus rapidement possible, et au plus tard un mois après que lesdites informations sont disponibles.

Art. 12. Accusé de réception

L'autorité compétente à laquelle des informations sont communiquées en vertu de l'article 11 en accuse réception, si possible par voie électronique, auprès de l'autorité étrangère qui les lui a communiquées, immédiatement et en tout état de cause au plus tard sept jours ouvrables après avoir reçu les informations en question.

*CHAPITRE 3. — Formes particulières de coopération administrative**Section 1^{re}. — Présence dans les bureaux administratifs et participation aux enquêtes administratives***Art. 13. Champ d'application et conditions quant aux demandes de l'autorité compétente**

Moyennant accord entre l'autorité compétente et une autorité étrangère et conformément aux modalités fixées par cette dernière, des fonctionnaires dûment habilités par l'autorité compétente peuvent, aux fins de l'échange des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er} :

- 1° être présents dans les bureaux où les autorités administratives de l'Etat membre requis exécutent leurs tâches;
- 2° assister aux enquêtes administratives réalisées sur le territoire de l'Etat membre requis.

Art. 14. Champ d'application et conditions quant aux demandes d'une autorité étrangère

§ 1^{er}. Moyennant accord entre l'autorité compétente et une autorité étrangère et conformément aux modalités fixées par l'autorité compétente, des fonctionnaires dûment habilités par l'autorité étrangère peuvent, aux fins de l'échange des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er} :

1° être présents dans les bureaux où les autorités administratives de la Communauté germanophone exécutent leurs tâches;

2° assister aux enquêtes administratives réalisées par des services de la Communauté germanophone.

Lorsque les informations demandées figurent dans des documents auxquels les fonctionnaires de l'autorité compétente ont accès, les fonctionnaires de l'autorité requérante en reçoivent des copies.

§ 2. L'accord visé au § 1^{er} ne peut prévoir que des fonctionnaires de l'autorité requérante assistant aux enquêtes administratives puissent interroger des personnes et examiner des documents.

§ 3. Les fonctionnaires habilités par l'autorité requérante sont toujours en mesure de présenter un mandat écrit précisant leur identité et leur qualité officielle.

*Section 2. — Contrôles simultanés***Art. 15. Contrôles simultanés**

§ 1^{er}. Lorsque la Communauté germanophone et un ou plusieurs Etats membres conviennent de procéder, chacun sur son propre territoire, à des contrôles simultanés d'une ou de plusieurs personnes présentant pour eux un intérêt commun ou complémentaire, en vue d'échanger les informations ainsi obtenues, le § 2 s'applique.

§ 2. L'autorité compétente identifie de manière indépendante les personnes qu'elle a l'intention de proposer pour un contrôle simultané. Elle informe l'autorité étrangère des Etats membres concernés de tous les dossiers pour lesquels elle propose un contrôle simultané, en motivant son choix. Elle indique le délai dans lequel ces contrôles doivent être réalisés.

Si un contrôle simultané est proposé à l'autorité compétente, elle décide d'y participer ou non. Elle confirme son accord à l'autorité étrangère ayant proposé un contrôle simultané ou lui signifie son refus en le motivant.

L'autorité compétente désigne un représentant chargé de superviser et de coordonner le contrôle.

*Section 3. — Notification administrative***Art. 16. Demande de notification de l'autorité compétente**

L'autorité compétente peut demander à une autorité étrangère de notifier au destinataire l'ensemble des actes et décisions émanant des autorités administratives de l'autorité compétente et concernant l'application sur son territoire de la législation relative aux taxes et impôts visés à l'article 3. Cette notification s'opère conformément aux règles régissant la notification des actes correspondants dans l'Etat membre requis.

Les demandes de notification mentionnent l'objet de l'acte ou de la décision à notifier et indiquent le nom et l'adresse du destinataire et tout autre renseignement susceptible de faciliter son identification.

L'autorité compétente n'adresse une demande de notification en vertu du présent article que lorsqu'elle n'est pas en mesure de notifier conformément aux règles de la Communauté germanophone régissant la notification des actes concernés ou lorsqu'une telle notification entraînerait des difficultés disproportionnées. L'autorité compétente peut directement notifier les documents, par envoi recommandé ou par voie électronique, à une personne établie sur le territoire d'un autre Etat membre.

Art. 17. Demandes de notification d'une autorité étrangère

A la demande d'une autorité étrangère, l'autorité compétente notifie au destinataire, conformément aux règles de la Communauté germanophone régissant la notification des actes correspondants, l'ensemble des actes et décisions émanant des autorités administratives de l'Etat membre requérant et concernant l'application sur son territoire de la législation relative aux taxes et impôts visés à l'article 3.

L'autorité requise informe immédiatement l'autorité requérante de la suite qu'elle a donnée à la demande et en particulier de la date à laquelle l'acte ou la décision a été notifié au destinataire.

*Section 4. — Retour d'informations***Art. 18. Retour d'informations par l'autorité compétente**

Lorsqu'une autorité étrangère communique des informations en application de l'article 7 ou de l'article 11, elle peut demander à l'autorité compétente qui les reçoit de lui donner son avis en retour sur celles-ci. Dans ce cas, l'autorité compétente le fournit, sans préjudice des règles applicables en matière de secret fiscal et de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection des données à l'égard des traitements de données à caractère personnel, à l'autorité étrangère le plus rapidement possible et au plus tard trois mois après que les résultats de l'exploitation des renseignements reçus sont connus.

L'autorité compétente fournit une fois par an aux autres Etats membres concernés un retour d'informations sur l'échange automatique, selon les modalités pratiques convenues de manière bilatérale.

Art. 19. Retour d'informations par l'autorité étrangère

Lorsque l'autorité compétente communique des informations en application de l'article 8 ou de l'article 11, elle peut demander à l'autorité étrangère qui les reçoit de lui donner son avis en retour sur celles-ci.

*CHAPITRE 4. — Conditions régissant la coopération administrative**Section 1^{re}. — Transmission d'informations et de documents***Art. 20. Transmission et utilisation d'informations et de documents par l'autorité compétente**

§ 1^{er}. Les informations dont l'autorité compétente dispose en vertu de ce décret sont couvertes par le secret officiel et bénéficient de la protection accordée à des informations de même nature par l'article 337 du Code des impôts sur les revenus 1992.

§ 2. Ces informations peuvent être utilisées :

1° pour administrer et appliquer la législation de la Communauté germanophone relative aux taxes et impôts visés à l'article 3;

2° pour établir et appliquer d'autres droits et taxes conformément à l'article 2 de la Directive 2010/24/UE du Conseil du 16 mars 2010 concernant l'assistance mutuelle en matière de recouvrement des créances relatives aux taxes, impôts, droits et autres mesures, ou pour établir et recouvrer des cotisations sociales obligatoires;

3° à l'occasion de procédures judiciaires et administratives pouvant entraîner des sanctions, engagées à la suite d'infractions à la législation en matière fiscale, sans préjudice des règles générales et des dispositions légales régissant les droits des prévenus et des témoins dans le cadre de telles procédures.

Moyennant l'accord de l'autorité étrangère communiquant des informations dans le cadre de la directive mentionnée à l'article 1^{er} et seulement dans la mesure où cela est autorisé par la législation de la Communauté germanophone, les informations et documents reçus peuvent être utilisés à des fins autres que celles visées au premier alinéa. Les informations peuvent aussi être utilisées par l'autorité compétente si elles peuvent être utilisées à des fins similaires dans l'Etat membre de l'autorité étrangère.

Par dérogation au deuxième alinéa, l'autorité compétente demande l'accord de l'autorité étrangère compétente de l'Etat membre à l'origine des informations lorsqu'une autorité étrangère a communiqué à l'autorité compétente les informations qu'elle a obtenues de l'autorité étrangère d'un autre Etat membre et que l'autorité compétente veut les utiliser à d'autres fins que celles mentionnées au premier alinéa.

§ 3. Lorsque l'autorité compétente considère que les informations qu'elle a reçues de l'autorité étrangère sont susceptibles d'être utiles à l'autorité étrangère d'un troisième Etat membre pour les fins visées au § 2, alinéa 1^{er}, elle peut les transmettre à cette dernière pour autant qu'elle respecte à cet effet les règles et procédures établies dans le présent décret. Elle informe l'autorité étrangère compétente de l'Etat membre à l'origine des informations de son intention de communiquer ces informations à un troisième Etat membre. L'autorité étrangère compétente de l'Etat membre à l'origine des informations peut s'y opposer dans un délai de dix jours ouvrables à compter de la réception de la communication du souhait de communiquer les informations.

§ 4. Les informations, rapports, attestations et tous autres documents, ou les copies certifiées conformes ou extraits de ces derniers, obtenus par l'autorité requise et transmis à l'autorité compétente conformément au présent décret sont utilisés comme éléments de preuve par l'autorité compétente au même titre que les informations, rapports, attestations et tous autres documents équivalents fournis par une autre autorité belge.

Art. 21. Transmission et utilisation d'informations et de documents par une autorité étrangère

L'autorité compétente peut marquer son accord sur le fait que les informations et documents soient, dans l'Etat membre qui les obtient, utilisés conformément à ce décret à d'autres fins que celles visées à l'article 20, § 2, alinéa 1^{er}. Un tel accord est octroyé si les informations peuvent être utilisées à des fins similaires en Communauté germanophone.

Si une autorité étrangère communique son intention de transmettre à un troisième Etat membre les informations qu'elles a obtenues de l'autorité compétente, et ce parce qu'elles peuvent être utiles pour cet Etat membre aux fins visées à l'article 20, § 2, alinéa 1^{er}, l'autorité compétente peut marquer son accord sur le fait que les informations soient transmises par l'autorité étrangère au troisième Etat membre. Si l'autorité compétente s'oppose à cette transmission, elle le fait dans un délai de dix jours ouvrables à compter de la réception de la communication du souhait de communiquer les informations.

L'autorité compétente peut par ailleurs marquer son accord sur le fait que des informations émanant de la Communauté germanophone et communiquées par une autorité étrangère à l'autorité étrangère d'un troisième Etat membre conformément à l'alinéa 2, soient utilisées dans ce troisième Etat membre à d'autres fins que celles visées à l'article 20, § 2, alinéa 1^{er}.

Section 2. — Restrictions et obligations

Art. 22. Restrictions

Avant de demander les informations visées à l'article 7, l'autorité compétente essaie d'abord d'exploiter toutes les sources habituelles d'information auxquelles elle peut avoir recours pour obtenir les informations demandées sans risquer de nuire à la réalisation de ses objectifs.

Art. 23. Refus

L'autorité compétente n'a pas l'obligation de procéder à des enquêtes ou de transmettre des informations dès lors que la réalisation de telles enquêtes ou la collecte des informations en question à ses propres fins serait contraire à la législation de la Communauté germanophone.

L'autorité compétente peut refuser la transmission d'informations dans les cas suivants :

1° lorsque l'autorité requérante, pour des raisons légales, n'est pas en mesure de transmettre des informations équivalentes;

2° lorsqu'elle conduirait à divulguer un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial;

3° lorsque la divulgation de l'information serait contraire à l'ordre public.

L'autorité compétente informe l'autorité requérante des motifs justifiant le rejet de la demande d'informations.

Art. 24. Obligations

L'autorité compétente met en œuvre son dispositif de collecte de renseignements afin d'obtenir les informations demandées, même si ces dernières ne lui sont pas nécessaires pour ses propres besoins fiscaux. Cette obligation s'applique sans préjudice de l'article 23, alinéas 1^{er} et 2, dont les dispositions ne sauraient en aucun cas être interprétées comme autorisant l'autorité compétente à refuser de fournir des informations au seul motif que ces dernières ne présentent pour elle aucun intérêt.

L'article 23, alinéas 1^{er} et 2, 2^o et 3^o, ne saurait en aucun cas être interprété comme autorisant l'autorité compétente à refuser de fournir des informations au seul motif que ces informations sont détenues par une banque, un autre établissement financier, un mandataire ou une personne agissant en tant qu'agent ou fiduciaire, ou qu'elles se rapportent à une participation au capital d'une personne.

Nonobstant l'alinéa 2, l'autorité compétente peut refuser de transmettre des informations demandées lorsque celles-ci portent sur des périodes d'imposition antérieures au 1^{er} janvier 2011 et que la transmission de ces informations aurait pu être refusée sur la base de l'article 8, paragraphe 1^{er}, de la Directive 77/799/CEE si elle avait été demandée avant le 11 mars 2011.

Section 3. — Extension de la coopération

Art. 25. Extension de la coopération étendue à un pays tiers

Lorsque la Communauté germanophone offre à un pays tiers une coopération plus étendue que celle prévue par le présent décret, elle ne peut pas refuser cette coopération étendue à un autre Etat membre souhaitant prendre part à une telle forme de coopération mutuelle plus étendue.

Section 4. — Formulaire types, formats informatiques standard et réseau CCN

Art. 26. Formulaire types et formats informatiques standard

§ 1^{er}. Les demandes d'informations et d'enquêtes administratives introduites en vertu de l'article 7 ainsi que les réponses correspondantes, les accusés de réception, les demandes de renseignements supplémentaires de caractère général et les déclarations d'incapacité ou de refus au titre des articles 8 et 9 sont, dans la mesure du possible, transmis au moyen d'un formulaire type fixé par la Commission européenne.

Les formulaires types peuvent être accompagnés de rapports, d'attestations et de tous autres documents, ou de copies certifiées conformes ou extraits de ces derniers.

§ 2. Les formulaires types visés au § 1^{er} comportent au moins les informations suivantes, que doit fournir l'autorité compétente :

- 1^o l'identité de la personne faisant l'objet d'un contrôle ou d'une enquête;
- 2^o la finalité fiscale des informations demandées.

L'autorité compétente peut, dans la mesure où ils sont connus et conformément à l'évolution de la situation internationale, fournir le nom et l'adresse de toute personne dont il y a lieu de penser qu'elle est en possession des informations demandées, ainsi que tout élément susceptible de faciliter la collecte des informations par l'autorité requise.

§ 3. Les informations échangées spontanément et l'accusé de réception les concernant, au titre, respectivement, des articles 11 et 12, les demandes de notification administrative au titre de l'article 16 et les retours d'information au titre de l'article 18 sont transmis à l'aide du formulaire type mentionné au § 1^{er}.

§ 4. Les échanges automatiques d'informations au titre de l'article 10 sont effectués dans un format informatique standard adopté par la Commission pour faciliter cet échange automatique et basé sur le format informatique existant en vertu de l'article 9 de la Directive 2003/48/CE du Conseil du 3 juin 2003 en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts, qui doit être utilisé pour tous les types d'échanges automatiques d'informations.

Art. 27. Modalités pratiques

Les informations communiquées au titre du présent décret sont, dans la mesure du possible, fournies par voie électronique au moyen du réseau CCN. Le "réseau CCN" est la plate-forme commune fondée sur le réseau commun de communication (CCN), mise au point par l'Union européenne pour assurer toutes les transmissions par voie électronique entre autorités compétentes dans les domaines douanier et fiscal.

CHAPITRE 5. — Relations avec les pays tiers

Art. 28. Relations avec les pays tiers

Lorsque des informations vraisemblablement pertinentes pour l'administration et l'application de la législation de la Communauté germanophone relative aux taxes et impôts visés à l'article 3 sont communiquées par un pays tiers à l'autorité compétente, cette dernière peut, dans la mesure où un accord avec ce pays tiers l'autorise, transmettre ces informations aux autorités étrangères auxquelles ces informations pourraient être utiles et à toutes les autorités requérantes.

L'autorité compétente peut transmettre à un pays tiers, conformément à la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection des données à l'égard des traitements de données à caractère personnel, les informations obtenues en application du présent décret, pour autant que l'ensemble des conditions suivantes soient remplies :

- 1^o l'autorité étrangère compétente de l'Etat membre d'où proviennent les informations a donné son accord préalable;
- 2^o le pays tiers concerné s'est engagé à coopérer pour réunir des éléments prouvant le caractère irrégulier ou illégal des opérations qui paraissent être contraires ou constituer une infraction à la législation fiscale.

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales***Art. 29. Entrée en vigueur**

Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.
Par dérogation au premier alinéa, l'article 10 entre en vigueur le 1^{er} janvier 2015.
Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 5 mai 2014.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

—
Note

(1) *Session 2013-2014.*

Document parlementaire : 215 (2013-2014), n° 1. Projet de décret.

Compte rendu intégral : 5 mai 2014, n° 65. Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/204329]

5 MEI 2014. — **Decreet betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1. Europese clausule**

Dit decreet voorziet in de omzetting van Richtlijn 2011/16/EU van de Raad van 15 februari 2011 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen en tot intrekking van Richtlijn 77/799/EEG.

Art. 2. Onderwerp

§ 1. Dit decreet legt de voorschriften en procedures vast voor de onderlinge samenwerking tussen enerzijds de Duitstalige Gemeenschap en anderzijds de bevoegde autoriteiten van de lidstaten van de Europese Unie, met het oog op de uitwisseling van inlichtingen die naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de nationale wetgeving van de lidstaten met betrekking tot de in artikel 3 bedoelde belastingen.

Dit decreet legt tevens de bepalingen vast voor de elektronische uitwisseling van de inlichtingen vermeld in het eerste lid.

§ 2. Dit decreet laat de toepassing van de regels inzake wederzijdse rechtshulp in strafzaken onverlet. Het laat eveneens onverlet de verplichtingen van de Duitstalige Gemeenschap inzake ruimere administratieve samenwerking, welke voortvloeien uit andere rechtsinstrumenten, waaronder bilaterale en multilaterale overeenkomsten.

Art. 3. Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op alle belastingen die worden geheven door of ten behoeve van de Duitstalige Gemeenschap en op alle belastingen die worden geheven door of ten behoeve van een lidstaat of een van zijn territoriale of bestuurlijke onderdelen, waaronder lokale overheden.

In geen geval worden de belastingen bedoeld in het eerste lid uitgelegd als omvattende :

- 1° leges, bijvoorbeeld voor certificaten en andere door autoriteiten uitgereikte stukken;
- 2° contractueel verschuldigde bedragen, zoals retributies voor openbare nutsvoorzieningen.

Dit decreet is van toepassing op de belastingen vermeld in het eerste lid die worden geheven op het grondgebied waarop de Verdragen overeenkomstig artikel 52 van het Verdrag betreffende de Europese Unie en artikel 355 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie van toepassing zijn.

Art. 4. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° lidstaat : tenzij uitdrukkelijk anders is vermeld, een andere lidstaat van de Europese Unie dan het koninkrijk België;

2° bevoegde autoriteit : de door België als zodanig aangewezen autoriteit. Het centraal verbindingsbureau, een verbindingdienst van de Duitstalige Gemeenschap of een bevoegd personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap die op grond van dit decreet optreden, worden bij delegatie ook beschouwd als bevoegde autoriteit;

3° centraal verbindingsbureau : het bureau dat als zodanig is aangewezen en is belast met de primaire zorg voor de contacten met de andere lidstaten op het gebied van de administratieve samenwerking;

4° verbindingdienst : elk ander bureau dan het centraal verbindingsbureau dat als zodanig is aangewezen om op grond van dit decreet rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;

5° bevoegd personeelslid : elk personeelslid van een overheidsinstantie dat op grond van dit decreet gemachtigd is rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;

6° buitenlandse autoriteit : het centrale verbindingsbureau, de verbindingdiensten of de bevoegde personeelsleden die door een buitenlandse bevoegde autoriteit gemachtigd zijn om over te gaan tot de rechtstreekse uitwisseling van inlichtingen met de bevoegde autoriteit of andere vormen van administratieve samenwerking in de zin van dit decreet;

7° verzoekende autoriteit : het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst, of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand verzoekt;

8° aangezochte autoriteit : het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand wordt verzocht;

9° administratief onderzoek : alle door de Duitstalige Gemeenschap of de lidstaten bij het vervullen van hun taken verrichte controles, onderzoeken en acties ter waarborging van de juiste toepassing van de belastingwetgeving;

10° uitwisseling van inlichtingen op verzoek : de uitwisseling van inlichtingen in antwoord op een verzoek van de verzoekende lidstaat aan de aangezochte lidstaat met betrekking tot een specifiek geval;

11° automatische uitwisseling : de systematische verstrekking van vooraf bepaalde inlichtingen aan een andere lidstaat, zonder voorafgaand verzoek, met regelmatige, vooraf vastgestelde tussenpozen. In de context van artikel 10 betekent "beschikbare inlichtingen" inlichtingen die zich in de belastingdossiers van de inlichtingen verstreckende lidstaat bevinden en die opvraagbaar zijn overeenkomstig de procedures voor het verzamelen en verwerken van inlichtingen in die lidstaat;

12° spontane uitwisseling : het niet-systematisch, te eniger tijd en ongevraagd verstrekken van inlichtingen aan een andere lidstaat;

13° persoon :

a) een natuurlijk persoon;

b) een rechtspersoon;

c) indien de geldende wetgeving in die mogelijkheid voorziet, een vereniging van personen die bevoegd is rechtshandelingen te verrichten, maar niet de status van rechtspersoon bezit, of

d) een andere juridische constructie, ongeacht de aard of de vorm, met of zonder rechtspersoonlijkheid, die activa, met inbegrip van de daardoor gegenereerde inkomsten, bezit of beheert welke aan belastingen in de zin van dit decreet zijn onderworpen;

14° langs elektronische weg : door middel van elektronische apparatuur voor gegevensverwerking (met inbegrip van digitale compressie) en gegevensopslag, met gebruikmaking van kabels, radio, optische technologie of andere elektromagnetische middelen.

Art. 5. Kennisgeving aan het centrale verbindingsbureau

De verbindingdienst of het bevoegde personeelslid die of dat een verzoek of een antwoord op een verzoek om samenwerking verzendt of ontvangt, stelt volgens de nationale procedures het centrale verbindingsbureau hiervan in kennis.

Art. 6. Doorzending aan het centrale verbindingsbureau

Indien een verbindingdienst of een bevoegd personeelslid een verzoek om samenwerking ontvangt dat een optreden vereist buiten de bevoegdheid die hem krachtens de regelgeving of het beleid van de Duitstalige Gemeenschap verleend is, geeft hij het verzoek onverwijld door aan het centrale verbindingsbureau en stelt hij de verzoekende autoriteit hiervan in kennis. In dat geval gaat de in artikel 9 gestelde termijn in op de dag nadat het verzoek om samenwerking aan het centrale verbindingsbureau is doorgezonden.

HOOFDSTUK 2. — Uitwisseling van inlichtingen

Afdeling 1. — Uitwisseling van inlichtingen op verzoek

Art. 7. Verzoek van de bevoegde autoriteit

Met betrekking tot een specifiek geval kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit om de mededeling verzoeken van alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die ze in haar bezit heeft of naar aanleiding van een administratief onderzoek verkrijgt.

Het verzoek vermeld in het eerste lid kan een met redenen omkleed verzoek om een bepaald administratief onderzoek omvatten. De bevoegde autoriteit kan de aangezochte autoriteit verzoeken haar de originele stukken te bezorgen.

Art. 8. Verzoek van de buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit verstrekt op verzoek van een buitenlandse autoriteit met betrekking tot een specifiek geval alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die zij in haar bezit heeft of verkregen heeft naar aanleiding van een administratief onderzoek dat werd ingesteld om die inlichtingen te verkrijgen.

De bevoegde autoriteit laat elk administratief onderzoek verrichten dat noodzakelijk is om de inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, te kunnen verkrijgen.

Het verzoek vermeld in het eerste lid kan een met redenen omkleed verzoek om een bepaald administratief onderzoek omvatten. In voorkomend geval deelt de bevoegde autoriteit de verzoekende autoriteit mee op welke gronden zij een administratief onderzoek niet noodzakelijk acht.

Voor het verkrijgen van de gevraagde inlichtingen of het verrichten van het gevraagde administratieve onderzoek gaat de bevoegde autoriteit te werk volgens dezelfde procedures als handelde zij uit eigen beweging of op verzoek van een andere Belgische overheidsinstantie.

Op specifiek verzoek van de verzoekende autoriteit deelt de bevoegde autoriteit originele stukken aan de verzoekende autoriteit mee, tenzij de geldende regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap zich hiertegen verzet.

Art. 9. Behandeling van het verzoek

§ 1. De inlichtingen vermeld in artikel 7, eerste lid, worden door de bevoegde autoriteit zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk zes maanden na de datum van ontvangst van het verzoek verstrekt. Indien de bevoegde autoriteit evenwel de inlichtingen al in haar bezit heeft, verstrekt zij deze binnen twee maanden.

In bijzondere gevallen kunnen de bevoegde en de verzoekende autoriteit andere termijnen overeenkomen dan de termijnen voorgeschreven in het eerste lid.

§ 2. De ontvangst van het verzoek wordt door de bevoegde autoriteit aan de verzoekende autoriteit onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg bevestigd.

§ 3. De bevoegde autoriteit laat in voorkomend geval, uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit weten welke tekortkomingen het verzoek vertoont en welke aanvullende achtergrondinformatie zij verlangt. De in § 1 gestelde termijnen gaan in dit geval in op de datum waarop de bevoegde autoriteit de nodige aanvullende informatie ontvangt.

§ 4. Indien de bevoegde autoriteit niet binnen de gestelde termijn aan het verzoek kan voldoen, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk drie maanden na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee, met vermelding van de datum waarop zij denkt aan het verzoek te kunnen voldoen.

§ 5. Indien de bevoegde autoriteit niet over de gevraagde inlichtingen beschikt en niet aan het verzoek om inlichtingen kan voldoen of het verzoek om de in artikel 23 genoemde redenen afwijst, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee.

Afdeling 2. — Verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen

Art. 10. Reikwijdte en voorwaarden van de verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen

De bevoegde autoriteit verstrekt alle buitenlandse autoriteiten met betrekking tot belastingtijdvakken vanaf 1 januari 2014 automatisch de inlichtingen waarover zij ten aanzien van ingezetenen van die andere lidstaat beschikt inzake de volgende specifieke inkomsten- en vermogenscategorieën, op te vatten in de zin van de Belgische wetgeving :

1° bezoldigingen van werknemers;

2° directiehonoraria;

3° levensverzekeringsproducten die niet vallen onder andere uniale rechtsinstrumenten inzake de uitwisseling van inlichtingen noch onder soortgelijke voorschriften;

4° pensioenen;

5° eigendom van en inkomsten uit onroerend goed.

De inlichtingen worden ten minste eenmaal per jaar verstrekt, binnen zes maanden na het verstrijken van het kalenderjaar in de loop waarvan de inlichtingen beschikbaar zijn geworden.

Afdeling 3. — Spontane uitwisseling van inlichtingen

Art. 11. Reikwijdte en voorwaarden van de spontane uitwisseling van inlichtingen

In elk van de volgende gevallen verstrekt de bevoegde autoriteit de inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, aan elke andere betrokken buitenlandse bevoegde autoriteit :

1° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat in de andere lidstaat een derving van belasting bestaat;

2° een belastingplichtige verkrijgt in de Duitstalige Gemeenschap een vrijstelling of vermindering van belasting die een belastingplicht of een hogere belasting in de andere lidstaat zou meebrengen;

3° transacties tussen een belastingplichtige van de Duitstalige Gemeenschap en een belastingplichtige in een andere lidstaat worden over een of meer andere landen geleid, op zodanige wijze dat daardoor in een van beide of in beide lidstaten een belastingbesparing kan ontstaan;

4° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat er belastingbesparing ontstaat door een kunstmatige verschuiving van winsten binnen een groep van ondernemingen;

5° de inlichtingen die door de buitenlandse bevoegde autoriteit zijn verstrekt, hebben informatie opgeleverd die van nut kan zijn voor de vaststelling van de belastingschuld in de andere lidstaat.

De bevoegde autoriteit kan met de buitenlandse bevoegde autoriteiten spontaan alle inlichtingen uitwisselen waarvan zij kennis heeft en die voor de buitenlandse bevoegde autoriteiten van nut kunnen zijn.

De bevoegde autoriteit die over inlichtingen vermeld in het eerste lid beschikt, verstrekt deze inlichtingen zo snel mogelijk, en uiterlijk binnen een maand nadat deze beschikbaar zijn, aan elke betrokken buitenlandse bevoegde autoriteit.

Art. 12. Ontvangstbevestiging

De ontvangst van de in artikel 11 bedoelde inlichtingen wordt door de bevoegde autoriteit onmiddellijk en in elk geval binnen zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg, aan de verstrekkende buitenlandse autoriteit bevestigd.

HOOFDSTUK 3. — Andere vormen van administratieve samenwerking

Afdeling 1. — Aanwezigheid in de administratiekantoren en deelname aan administratief onderzoek

Art. 13. Reikwijdte van en voorwaarden voor het verzoek van de bevoegde autoriteit

De bevoegde autoriteit en een buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen dat door de bevoegde autoriteit gemachtigde personeelsleden, onder de door de buitenlandse autoriteit gestelde voorwaarden, ter uitwisseling van de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen :

1° aanwezig kunnen zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de lidstaat van de aangezochte autoriteit hun taken vervullen;

2° aanwezig kunnen zijn bij administratief onderzoek op het grondgebied van de aangezochte lidstaat.

Art. 14. Reikwijdte van en voorwaarden voor het verzoek van een buitenlandse autoriteit

§ 1. De bevoegde autoriteit en een buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen dat door de buitenlandse autoriteit gemachtigde en bevoegde personeelsleden, onder de door de bevoegde autoriteit gestelde voorwaarden, ter uitwisseling van de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen :

1° aanwezig kunnen zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de Duitstalige Gemeenschap hun taken vervullen;

2° aanwezig kunnen zijn bij administratief onderzoek dat door de Duitstalige Gemeenschap verricht wordt.

Indien de verlangde inlichtingen vermeld staan in bescheiden waartoe de personeelsleden van de bevoegde autoriteit toegang hebben, ontvangen de personeelsleden van de verzoekende autoriteit een afschrift van die bescheiden.

§ 2. Op grond van de overeenkomst vermeld in § 1 mogen de bij een administratief onderzoek aanwezige personeelsleden van de verzoekende autoriteit geen personen ondervragen en geen dossiers onderzoeken.

§ 3. Bevoegde personeelsleden van de verzoekende autoriteit dienen te allen tijde een schriftelijke opdracht te kunnen overleggen waaruit hun identiteit en hun officiële hoedanigheid blijken.

*Afdeling 2. — Gelijktijdige controles***Art. 15. Gelijktijdige controles**

§ 1. In de gevallen waarin de Duitstalige Gemeenschap en een of meer lidstaten overeenkomen om gelijktijdig, elk op het eigen grondgebied, bij een of meer personen te wier aanzien zij een gezamenlijk of complementair belang hebben, controles te verrichten en de aldus verkregen inlichtingen uit te wisselen, is § 2 van toepassing.

§ 2. De bevoegde autoriteit bepaalt autonoom welke personen zij voor een gelijktijdige controle wil voorstellen. Zij deelt de buitenlandse autoriteiten van de betrokken lidstaten met opgave van redenen mee welke dossiers zij voor een gelijktijdige controle voorstelt. Zij bepaalt binnen welke termijn die controles moeten plaatsvinden.

Indien aan de bevoegde autoriteit een gelijktijdige controle voorgesteld wordt, beslist die autoriteit of ze daaraan wil deelnemen. Zij doet de buitenlandse autoriteit die de controle voorstelt een bevestiging van deelname of een gemotiveerde weigering toekomen.

De bevoegde autoriteit wijst een vertegenwoordiger aan die wordt belast met de leiding en de coördinatie van de controle.

*Afdeling 3. — Administratieve kennisgeving***Art. 16. Verzoek om kennisgeving, uitgaande van de bevoegde autoriteit**

De bevoegde autoriteit kan een buitenlandse autoriteit verzoeken om over te gaan tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de bevoegde autoriteit afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op diens grondgebied van regelgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3. Deze kennisgeving geschiedt overeenkomstig de in de aangezochte lidstaat geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten.

Het verzoek tot kennisgeving vermeldt de naam en het adres van de geadresseerde, evenals alle overige informatie ter identificatie van de geadresseerde, en het onderwerp van de akte of het besluit waarvan kennis moet worden gegeven.

Het verzoek tot kennisgeving wordt door de bevoegde autoriteit slechts gedaan indien de kennisgeving van de betrokken akte niet volgens de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap kan geschieden of buitensporige problemen zou veroorzaken. De bevoegde autoriteit kan, per aangetekende brief of langs elektronische weg, rechtstreeks van een document kennis geven aan een persoon op het grondgebied van een andere lidstaat.

Art. 17. Verzoek om kennisgeving, uitgaande van een buitenlandse autoriteit

Op verzoek van een buitenlandse autoriteit gaat de bevoegde autoriteit, overeenkomstig de in de Duitstalige Gemeenschap geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten, over tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de verzoekende lidstaat afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van regelgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3.

De aangezochte autoriteit stelt de verzoekende autoriteit onverwijld in kennis van het aan het verzoek gegeven gevolg en, in het bijzonder, van de datum waarop de akte of het besluit de geadresseerde ter kennis is gebracht.

*Afdeling 4. — Terugmelding***Art. 18. Terugmelding van de bevoegde autoriteit**

De buitenlandse autoriteit die overeenkomstig artikel 7 of artikel 11 inlichtingen verstrekt, kan de ontvangende bevoegde autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken. In dat geval doet de bevoegde autoriteit, zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk drie maanden nadat het resultaat van het gebruik van de verlangde inlichtingen bekend is, een terugmelding aan de buitenlandse autoriteit, zonder afbreuk te doen aan de geldende voorschriften inzake fiscale geheimhoudingsplicht en de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

De bevoegde autoriteit doet eenmaal per jaar, overeenkomstig bilateraal overeengekomen praktische afspraken, een terugmelding over de automatische inlichtingenuitwisseling naar de andere betrokken lidstaten.

Art. 19. Terugmelding van de buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit die overeenkomstig artikel 8 of artikel 11 inlichtingen verstrekt, kan de ontvangende buitenlandse autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken.

*HOOFDSTUK 4. — Voorwaarden voor de administratieve samenwerking**Afdeling 1. — Doorgifte van inlichtingen en bescheiden***Art. 20. Doorgifte en gebruik van inlichtingen en bescheiden door de bevoegde autoriteit**

§ 1. De inlichtingen waarover de bevoegde autoriteit krachtens dit decreet beschikt, vallen onder de geheimhoudingsplicht en genieten de bescherming waarin artikel 337 van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 voorziet met betrekking tot soortgelijke inlichtingen.

§ 2. Die inlichtingen kunnen worden gebruikt :

1° voor de toepassing en de handhaving van de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de belastingen vermeld in artikel 3;

2° voor de vaststelling en invordering van andere belastingen en rechten vallend onder artikel 2 van Richtlijn 2010/24/EU van de Raad van 16 maart 2010 betreffende de wederzijdse bijstand inzake de invordering van schuldvorderingen die voortvloeien uit bepaalde belastingen, rechten en andere maatregelen en voor de vaststelling en invordering van verplichte socialezekerheidsbijdragen;

3° in mogelijk tot bestraffing leidende gerechtelijke en administratieve procedures wegens overtreding van de belastingwetgeving, met behoud van de toepassing van de algemene regels en de bepalingen betreffende de rechten van de verdachten en getuigen in dergelijke procedures.

Na toestemming van de buitenlandse autoriteit die overeenkomstig de richtlijn vermeld in artikel 1 inlichtingen verstrekt en voor zover het in de Duitstalige Gemeenschap wettelijk is toegestaan, kunnen de inlichtingen en bescheiden die deze autoreit heeft ontvangen, worden gebruikt voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in het eerste lid. Die inlichtingen mogen ook gebruikt worden door de bevoegde autoriteit indien ze in de lidstaat van de buitenlandse autoriteit voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

In afwijking van het tweede lid vraagt de bevoegde autoriteit de instemming van de buitenlandse bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de inlichtingen oorspronkelijk afkomstig zijn, wanneer een buitenlandse autoriteit aan de bevoegde autoriteit inlichtingen heeft verstrekt die ze heeft gekregen van de buitenlandse autoriteit van een andere lidstaat en wanneer de bevoegde autoriteit die inlichtingen voor andere doeleinden dan die vermeld in het eerste lid wil gebruiken.

§ 3. Wanneer de bevoegde autoriteit van oordeel is dat de inlichtingen die ze van de buitenlandse autoriteit ontvangen heeft, van nut kunnen zijn voor de buitenlandse autoriteit van een derde lidstaat voor de doeleinden vermeld in § 2, eerste lid, dan mag ze die inlichtingen aan de buitenlandse bevoegde autoriteit van de derde lidstaat doorgeven, op voorwaarde dat dat in overeenstemming is met de in dit decreet vastgelegde voorschriften en procedures. Zij stelt de buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstreckende lidstaat in kennis van haar voornemen om die inlichtingen met een derde lidstaat te delen. De buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstreckende lidstaat kan zich hiertegen verzetten binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van de lidstaat die de inlichtingen wenst te delen.

§ 4. Inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden, alsook voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan, die door de aangezochte autoriteit zijn verkregen en overeenkomstig dit decreet aan de bevoegde autoriteit zijn doorgegeven, worden door de bevoegde autoriteit op dezelfde voet als bewijs aangevoerd als soortgelijke inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden die door een andere Belgische autoriteit zijn verstrekt.

Art. 21. Doorgifte en gebruik van inlichtingen en bescheiden door een buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit kan toestaan dat de inlichtingen en bescheiden die met toepassing van dit decreet zijn verstrekt, in de lidstaat die ze ontvangt, gebruikt worden voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in artikel 20, § 2, eerste lid. Die toestemming wordt verleend indien de inlichtingen, in de Duitstalige Gemeenschap voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

Indien een buitenlandse autoriteit haar voornemen bekendmaakt om de van de bevoegde autoriteit verkregen inlichtingen door te geven aan de buitenlandse autoriteit van een derde lidstaat, omdat ze voor die lidstaat van nut kunnen zijn voor de doeleinden vermeld in artikel 20, § 2, eerste lid, kan de bevoegde autoriteit instemming verlenen aan die buitenlandse autoriteit om deze inlichtingen te delen met de derde lidstaat. Indien de bevoegde autoriteit niet instemt met de doorgifte van de inlichtingen, deelt ze dat binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van de beoogde doorgifte mee.

De bevoegde autoriteit kan voorts toestaan dat inlichtingen afkomstig uit de Duitstalige Gemeenschap die overeenkomstig het tweede lid door een buitenlandse autoriteit aan een buitenlandse autoriteit van een derde lidstaat doorgegeven worden, in die derde lidstaat gebruikt worden voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in artikel 20, § 2, eerste lid.

Afdeling 2. — Beperkingen en verplichtingen

Art. 22. Beperkingen

Alvorens om de inlichtingen vermeld in artikel 7 te verzoeken, tracht de bevoegde autoriteit eerst de inlichtingen te verkrijgen uit alle gebruikelijke bronnen die zij in de gegeven omstandigheden kan aanspreken zonder dat het beoogde resultaat in het gedrang dreigt te komen.

Art. 23. Weigeringen

De bevoegde autoriteit is niet verplicht onderzoek in te stellen of inlichtingen te verstrekken wanneer de in de Duitstalige Gemeenschap geldende regelgeving haar niet toestaat voor eigen doeleinden het onderzoek in te stellen of de gevraagde inlichtingen te verzamelen.

In elk van de volgende gevallen kan de bevoegde autoriteit weigeren inlichtingen te verstrekken :

1° indien de verzoekende autoriteit, op juridische gronden, soortgelijke inlichtingen niet kan verstrekken;

2° indien dit zou leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze;

3° indien het inlichtingen betreft waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde.

De bevoegde autoriteit deelt de verzoekende autoriteit mee op welke gronden zij het verzoek om inlichtingen afwijst.

Art. 24. Verplichtingen

De bevoegde autoriteit wendt de middelen aan waarover zij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verzamelen, zelfs indien zij de inlichtingen niet voor eigen belastingdoeleinden nodig heeft. Die verplichting geldt onverminderd het eerste en het tweede lid van artikel 23, die, wanneer er een beroep op wordt gedaan, in geen geval zo kunnen worden uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken uitsluitend omdat zij geen binnenlands belang bij deze inlichtingen heeft.

In geen geval wordt artikel 23, eerste en tweede lid, 2° en 3°, zo uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken, uitsluitend op grond dat deze berusten bij een bank, een andere financiële instelling, een gevolmachtigde of een persoon die als vertegenwoordiger of trustee optreedt, of dat zij betrekking hebben op eigendomsbelangen in een persoon.

Met behoud van de toepassing van het tweede lid kan de bevoegde autoriteit weigeren de gevraagde inlichtingen toe te zenden indien deze betrekking hebben op belastingtijdvakken vóór 1 januari 2011 en de toezending van de inlichtingen geweigerd had kunnen worden op grond van artikel 8, lid 1, van Richtlijn 77/799/EEG indien daarom was verzocht vóór 11 maart 2011.

Afdeling 3. — Verder reikende samenwerking

Art. 25. Uitbreiding van een verder reikende samenwerking met een derde land

Indien de Duitstalige Gemeenschap voorziet in een samenwerking met een derde land die verder reikt dan de bij dit decreet geregelde samenwerking, kan zij de verder reikende samenwerking niet weigeren aan een andere lidstaat die met haar deze verder reikende, wederzijdse samenwerking wenst aan te gaan.

*Afdeling 4. — Standaardformulieren, geautomatiseerde formaten en het CCN-netwerk***Art. 26. Standaardformulieren en geautomatiseerde formaten**

§ 1. Het verzoek om inlichtingen of om een administratief onderzoek op grond van artikel 7 en het desbetreffende antwoord, de ontvangstbevestiging, het verzoek om aanvullende achtergrondinformatie en de mededeling dat aan een verzoek niet kan of zal worden voldaan, overeenkomstig de artikelen 8 en 9, worden voor zover mogelijk verzonden met gebruikmaking van een door de Europese Commissie vastgesteld standaardformulier.

Het standaardformulier kan vergezeld gaan van verslagen, verklaringen en andere bescheiden, of van voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan.

§ 2. Het in § 1 bedoelde standaardformulier bevat ten minste de volgende door de bevoegde autoriteit te verstrekken informatie :

1° de identiteit van de persoon naar wie het onderzoek of de controle is ingesteld;

2° het fiscale doel waarvoor de informatie wordt opgevraagd.

De bevoegde autoriteit kan namen en adressen van personen die worden verondersteld in het bezit te zijn van de verlangde informatie, alsook andere elementen die het verzamelen van de informatie door de aangezochte autoriteit vereenvoudigen, doorgeven, voor zover deze bekend zijn en deze praktijk aansluit bij internationale ontwikkelingen.

§ 3. Voor de spontane uitwisseling van inlichtingen en de desbetreffende ontvangstbevestiging, op grond van de artikelen 11 en 12, het in artikel 16 bedoelde verzoek tot administratieve kennisgeving, en de in artikel 18 bedoelde terugmelding, wordt gebruik gemaakt van het in § 1 vermelde standaardformulier.

§ 4. Bij de automatische inlichtingenuitwisseling in de zin van artikel 10 wordt gebruik gemaakt van het door de Commissie vastgestelde geautomatiseerde standaardformaat dat dergelijke automatische uitwisseling moet vergemakkelijken en dat gebaseerd is op het bestaande geautomatiseerde formaat in de zin van artikel 9 van Richtlijn 2003/48/EG van de Raad van 3 juni 2003 betreffende belastingheffing op inkomsten uit spaargelden in de vorm van rentebetaling, dat bij elke vorm van automatische inlichtingenuitwisseling moet worden gebruikt.

Art. 27. Praktische regelingen

De krachtens dit decreet verstrekte inlichtingen worden zoveel mogelijk verzonden langs elektronische weg, via het CCN-netwerk. Het CCN-netwerk is het op het gemeenschappelijke communicatienetwerk (common communication network - CCN) gebaseerde gemeenschappelijke platform dat de Europese Unie heeft ontwikkeld voor het elektronische berichtenverkeer tussen autoriteiten die bevoegd zijn op het gebied van douane en belastingen.

*HOOFDSTUK 5. — Betrekkingen met derde landen***Art. 28. Betrekkingen met derde landen**

De bevoegde autoriteit die van een derde land inlichtingen ontvangt welke naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de in artikel 3 bedoelde belastingen, kan deze inlichtingen verstrekken aan de buitenlandse autoriteiten voor welke die inlichtingen van nut kunnen zijn, en aan elke verzoekende autoriteit, mits dat krachtens een overeenkomst met dat derde land is toegestaan.

De bevoegde autoriteit kan, met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens, de overeenkomstig dit decreet ontvangen inlichtingen doorgeven aan een derde land, op voorwaarde dat aan elk van de volgende voorwaarden is voldaan :

1° de buitenlandse bevoegde autoriteit van de lidstaat waaruit de inlichtingen afkomstig zijn, heeft daarin toegestemd;

2° het derde land heeft zich ertoe verbonden de medewerking te verlenen die nodig is om bewijsmateriaal bijeen te brengen omtrent het ongeoorloofde of onwettige karakter van verrichtingen die blijken in strijd te zijn met of een misbruik te vormen van de belastingwetgeving.

*HOOFDSTUK 6. — Slotbepalingen***Art. 29. Inwerkingtreding**

Dit decreet treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

In afwijking van het eerste lid treedt artikel 10 in werking op 1 januari 2015.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 5 mei 2014.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

—
Nota

(1) *Zitting 2013-2014.*

Parlementair stuk : 215 (2013-2014), nr. 1. Ontwerpdecreet.

Integraal verslag : 5 mei 2014. nr. 65. Bespreking en aanneming.